Mehr Mitmachen in der Demokratie

Allianz für Beteiligung Baden-Württemberg

und die Rolle von Mehrgenerationenhäuser als Orte der Beteiligung bei der Kommunalentwicklung

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung,
Staatsministerium Baden-Württemberg

Baden-Württemberg

Aufgaben der Staatsrätin

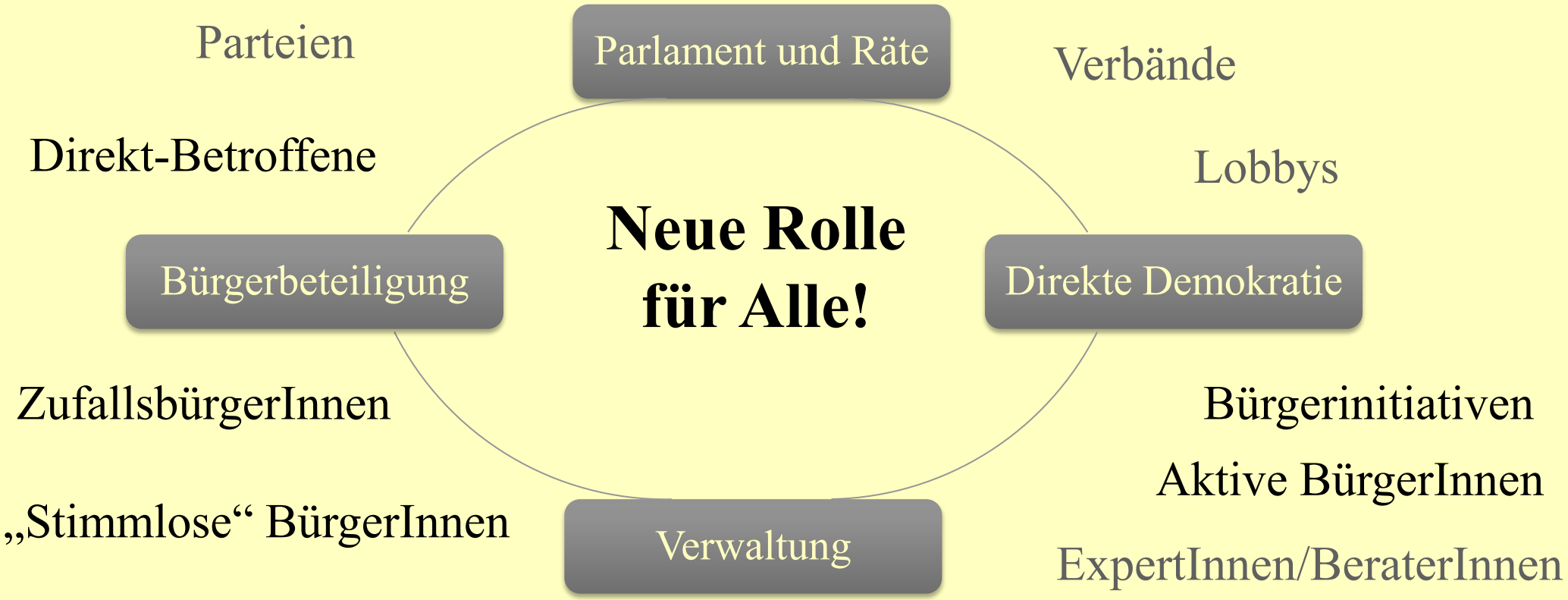
- Regierungserklärung: Bündelung der Aktivitäten der Landesregierung
- Ressortübergreifend, koordinierend
  - Kabinettsausschuss
  - Interministerielle Arbeitsgruppe Planungsrecht
- Beratung anderer Ressorts

Die 5 Wellen der Beteiligung

- 1968: Willy Brand: „Mehr Demokratie wagen“
- 1970 ff: Gemeinwesenarbeit / soziale Stadt
- 1980 ff: Reformbewegungen, z.B. Psychiatriereform
- 2000 ff: Bürgerkommune, Engagement plus Beteiligung zusammen
- 2010 ff: Politik entdeckt Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung ≠ Direkte Demokratie

Die dynamische Mitmach-Demokratie: Zwischen Habermas und der Schweiz



Baden-Württemberg

Bürgerbeteiligung: Wie?

- **Früh, transparent und informell beteiligen**
- **Bewährte Methoden verwenden**
- Bürgerschaft als **„Gutachterin“ und Beraterin**
- **Rückkopplung** Politik/Verwaltung/Bürgerschaft
- Beteiligung „stiller“ Gruppen

- **Beteiligung verankern** in Fachgesetzen und Leitlinien

Beispiel: Beteiligung zum JVA Neubau in Tuningen

- Zusammenarbeit mit dem JUM und der Kommune
- Bürgerentscheid steht am Ende des Verfahrens
- Landesregierung akzeptiert Bürgerentscheid
- Informelle, moderierte Beteiligung im Vorfeld
- Transparenz und Dialog als Prinzip
- Spurgruppe betreibt den Prozess
- Ziel: gutes Klima in der Gemeinde erhalten



Baden-Württemberg

Programm: Orte für Beteiligung

Wo können stille Gruppen erreicht werden?

- Mehrgenerationenhäuser und Eltern-Kind-Zentren
- Bürgertreffs und Stadtteilzentren
- Qualifizierung: Runde Tische für Beteiligungslotsen
- Kooperation mit Breuninger Stiftung und Sozialministerium

Orte der Beteiligung als Treffpunkt für Verwaltung und Politik

- Politik und Verwaltung von Beginn an einbinden
- Anlässe für regelmäßige Begegnungen schaffen
- Offene Vorrunden in Mütterzentren und MGHs
- Niedrigschwellige Formate („Politiker fragen – Bürger antworten“)
- Besuchskultur der Verwaltung
- Tagung mit OBs/Städtetag („Roadshow“)

Das Programm: Orte für Beteiligung

- Inititative durch Staatsrätin
- Kooperation mit Breuninger Stiftung
- Begleitgruppe aus MGHs organisiert Pilotphase Sommer 2013- Frühjahr 2014
- Als Projekt der Landesengagmentstrategie
- Ausschreibung und Bewerbung der Interessent/innen einschließlich einer Projektskizze zur möglichen Fortentwicklung des MGH im Sinne eines Ortes für Beteiligung. Max. 16 TN
- Persönliches (Erst)gespräch mit allen ausgewählten Teilnehmer/innen. In diesem Gespräch wird auch vereinbart, wie Coaching und Beratung konkret aussehen sollen. Die jeweilige Projektskizze (ggf. fortentwickelt) wird Teil des Lernkontraktes.
- Zwei je zweitägige Qualifizierungsmodule an einem zentralen Ort (auch in einem MGH). Inhalte: Grundlagen und Verständnis von – auf Konsens angelegten - Beteiligungsverfahren, Projektmanagement, Verhandlung und Mediation, Konfliktmoderation, Konzeption von Beteiligungsprozessen (Prozessdesign), Erkennen und Umgehen mit Widerständen.

Qualifizierung

- **Fort-und Weiterbildung (FüAk)**
  - Pflicht für höheren Dienst
  - Lehrgang für Verwaltung und Wirtschaft
  - Studiengängen an den HS
  - Weiterbildung für die Politik

- **Weiterbildung in der Zivilgesellschaft**
  - Projekte bei Landesstiftung, Landeszentrale, Jugendverbänden, Breuninger Stiftung



iligung im Mai 2012 in Stuttgart – Wie kann Bürgerbeteiligung gelingen?

Neue Spielregeln für die Verwaltung

erun- ltun- s bis-

Bürgerbeteiligung im Staatsministerium –, das die Politik nicht länger ignorieren dürfe. „Dieses Unbehagen", so Erler, „richtet sich nicht gegen

tungen, willkürlich und intransparent zu entscheiden.

Stefan Gläser, geschäftsführender Vorstand des Städtetags Baden-

Demokratie. Darauf weist auch Renn hin: „Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung können neue Optionen vorschlagen, bestehende

Baden-Württemberg

Zivilgesellschaftliches Netzwerk: Allianz für Beteiligung



Die Allianz: eigenständig-vielfältig-regional

Über 70 Netzwerkmitglieder, Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände, Städte, Gemeinden, Unternehmen

Geschäftsstelle, finanziert durch BW Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Breuninger Stiftung in Stuttgart,

Informationen über Herangehensweisen und Verfahren politischer und gesellschaftlicher Beteiligung bietet

Ansprechpartner/innen in den Regionen, um als Netzwerk in ganz Baden-Württemberg aktiv zu sein

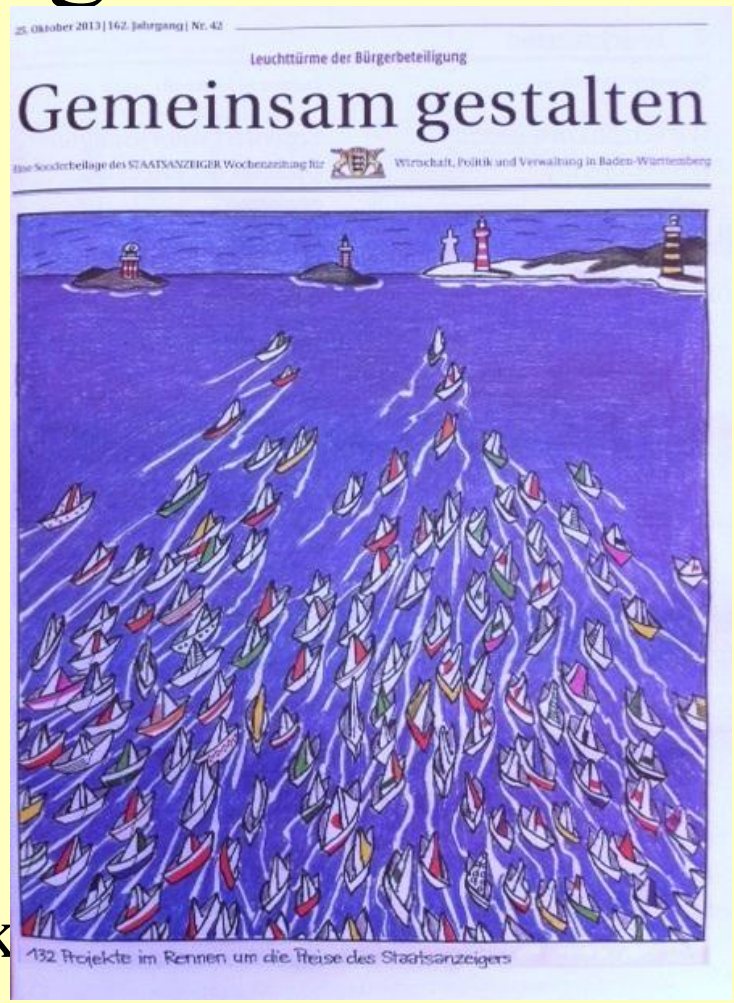
Veranstaltungsangebot, um das Wissen über Möglichkeiten und Verfahren der Bürgerbeteiligung vor Ort zu erhöhen



Baden-Württemberg

Leuchttürme der Beteiligung

- Mit Staatsanzeiger und Spitzenverbänden
- 132 beispielhafte Projekte
- Große Vielfalt der Beteiligung
- Von Genossenschaft, MGHs bis Inklusion
- Beteiligung und Engagement gemeinsam
- Festliche Preisverleihung im Schloß
- Allianz übernimmt Begleitung vor Ort
- Aktuell, Wettbewerb zur Kommunalpolitik



Baden-Württemberg

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!